



Pressespiegel

Ausgabe: 16.01.2023



Schwarzarbeit: IG Bau fordert mehr Kontrolleure

Essen. In der ersten Hälfte des Jahres 2022 hat die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ (FKS) wieder deutlich mehr Ermittlungsverfahren wegen Schwarzarbeit im Baugewerbe eingeleitet – ein Fünftel mehr als im Vorjahreszeitraum, erklärte die IG Bau und berief sich dabei auf Zahlen des Bundesfinanzministeriums. Die ermittelte Schadenssumme liege bei etwa 161 Millionen Euro. Die Gewerkschaft erklärt, in der aktuellen Krise würden unseriöse Firmen „erst recht“ versuchen, Kosten durch Lohndumping sowie Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben zu senken. Sie fordert eine Verdoppelung der Zahl der FKS-Zollkontrolleure. *nk / Wirtschaft*

WAZ Mantel



Schwarzarbeit boomt, ehrliche Betriebe leiden

Der IG Bau zufolge steigt illegale Beschäftigung in Krisenzeiten. Die Gewerkschaft rechnet mit weiterem Anstieg 2023

Nick Kaspers

Ruhrgebiet. Klaus Brunken (58) erinnert sich noch gut an diesen Tag auf einer Baustelle von drei Mehrfamilienhäusern in Herne: Er und seine Kollegen waren für die Maurerarbeiten an zwei Häusern zuständig. Die Maurer eines anderen Betriebs sollten am dritten Gebäude arbeiten. „Der Kran stand zwischen den Bauten eins und zwei und kam nicht an den dritten Bau heran. Doch die Arbeiter der anderen Firma wollten trotzdem am dritten Erdgeschoss anfangen“, erzählt er. Plötzlich sei der Zoll an der Baustelle aufgetaucht: „Die Beamten haben die Baustelle umzingelt. Und auf einmal sind die Arbeiter stiftend gegangen und über den Zaun abgehauen“, erinnert sich Brunken. „Die hatten anscheinend keine Arbeitsgenehmigung. Die hat man nie wieder gesehen.“

Brunken ist Polier bei Karl Heuck, einem Ingenieurbau-Betrieb aus Krefeld mit rund 60 Mitarbeitern, der hauptsächlich im Rheinland und Ruhrgebiet im Einsatz ist. Der 58-Jährige arbeitet seit 40 Jahren auf dem Bau – immer unter fairen Bedingungen, wie er sagt: „Alle Angestellten werden bei uns nach Tarifvertrag entlohnt und bekommen Überstunden bezahlt. Und ohne Arbeitsnachweis darf niemand arbeiten.“ Das sei bei einigen anderen Handwerksbetrieben nicht so. Schwarzarbeit begegne ihm bei der Konkurrenz ständig, und das seit Jahren.

Deutlich mehr Schwarzarbeit auf dem Bau

Das Problem Schwarzarbeit ist für Handwerker wie Klaus Brunken und die deutschen Behörden kein neues. Doch könnte es sich im vergangenen Jahr verschlimmert haben. Der Gewerkschaft IG Bau zufolge hat die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres 9251 Ermittlungsverfahren im Bauhaupt- und Baunebengewerbe eingeleitet. Das seien etwa ein Fünftel mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die ermittelte Schadenssumme im ersten Halbjahr 2022 liege allein für den Bau bei etwa 161 Millionen Euro – „Geld, das dem Staat durch nicht gezahlte Steuern und Sozialabgaben vorenthalten wurde“, so die Gewerkschaft. Die IG Bau bezieht sich auf Zahlen des Bundesfinanzministeriums. Den Hauptzollämtern Duisburg und Dortmund liegen für das vergangene Jahr noch keine Zahlen zu eingeleiteten Er-



9251 Ermittlungsverfahren wegen Schwarzarbeit auf dem Bau wurden allein in der ersten Hälfte 2022 eingeleitet.

JULIAN STRATENSCHULTE/DFP

mittlungsverfahren und der Schadenssumme durch Schwarzarbeit vor, wie aus einer Anfrage unserer Redaktion hervorgeht.

Die Zunahme von Schwarzarbeit auf dem Bau erklärt Carsten Burkhardt vom IG Bau-Bundesvorstand mit steigenden Bauzinsen sowie Material- und Energiekosten, die den Kostendruck auf dem Bau erhöhen würden: „Unseriöse Firmen werden deshalb jetzt erst recht versuchen, ihre Kosten durch Lohndumping sowie die Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben zu senken.“ Dadurch stünden Arbeitgeber unter Druck, die sich an den Bau-Tarifvertrag halten.

Von diesem Druck berichtet auch Polier Klaus Brunken: „Die günstigsten Betriebe bekommen die Aufträge. Weil Material wie Eisen und Kalksandstein für jeden gleich viel kostet, versuchen die Betriebe, am Personal zu sparen.“ Wer nicht den tarifvertraglich geregelten Lohn, sondern nur den gesetzlichen Mindestlohn an die Angestellten zahlt, spare bereits auf legale Weise zehn Euro pro Facharbeiter pro Stunde.

Dann gebe es die Betriebe, die mit krummen Abrechnungen für die Angestellten den Mindestlohn unterschreiten – und sich damit strafbar machen. Brunken erklärt:



„Weil Material wie Eisen und Kalksandstein für jeden gleich viel kostet, versuchen die Betriebe, am Personal zu sparen.“

Klaus Brunken, Polier

„Die bringen dann Arbeiter aus dem Ausland in Containern unter und berechnen denen dafür einen Betrag.“ So könnten sie den Preis ihrer Dienstleistung drücken.

Betriebe wie Heuck seien dadurch oft im Nachteil, zum Beispiel bei der Vergabe von Aufträgen. „Viele Aufträge scheitern, wenn der Bauherr sieht, dass andere Betriebe deutlich günstiger sind“, meint Brunken. Von 150 Ausschreibungen blieben dem Betrieb rund 20 Aufträge pro Jahr.

Doch Verstöße gegen Mindest-

arbeitsbedingungen sind nicht die einzige Form, mit denen Betriebe und Behörden zu kämpfen haben. Auch Scheinselbstständigkeit im großen Stil sei ein Problem, meint Björn Wißwa, Regionalleiter der IG Bau Westfalen: „Beschäftigte holen sich einen Gewerbeschein und umgehen so die Sozialversicherungs- und Lohnsteuer. Das gibt es auch besonders im Ruhrgebiet.“ Scheinselbstständige seien besonders schwer zu entlarven, wenn sie für ihre Dienste eine eigene Rechnung schreiben.

Ein weiteres Problem für den Zoll und die Konkurrenzbetriebe entstehe, wenn Bauunternehmer viele Subunternehmen beauftragen: „Die Subunternehmen geben die Aufträge so lange weiter, bis keiner mehr durchblickt, wer zuständig ist und wie die Strukturen bei den Betrieben sind“, meint Björn Wißwa. Oft herrschten bei den Subunternehmen schlechte Arbeitsbedingungen und viele Arbeiter seien illegal beschäftigt.

Die IG Bau rechnet damit, dass Schwarzarbeit im Jahr 2023 weiter steigen könnte: „Der wachsende Kosten- und Konkurrenzdruck wird auch kriminelle Machenschaften antreiben“, sagt der stellvertretende Bundesvorsitzende Harald

Schaum. Mehr Kontrollen würden benötigt – auch, weil im Oktober der gesetzliche Mindestlohn erhöht wurde. Daher fordert die IG Bau bundesweit mindestens 16.000 Zoll-Kontrollreue für die FKS – „eine Verdopplung des bisherigen Kontrollpersonals“.

In 40 Jahren kamen nur fünfmal Kontrolleure vom Zoll

Auch die Handwerkskammern möchten der Finanzkontrolle dabei helfen, Schwarzarbeit aufzudecken. Die Handwerkskammer Düsseldorf hat beispielsweise mehrere Personen damit beauftragt, die ordnungsgemäße Eintragung von Betrieben in die Handwerksrolle zu kontrollieren. Die Zahl der Kontrolleure sei laut Sprecher Alexander Konrad in 2020 von drei auf fünf aufgestockt worden.

Mehr Kontrollen wünscht sich auch Polier Klaus Brunken: „In 40 Jahren auf dem Bau habe ich nur fünfmal gesehen, dass der Zoll kontrolliert hat. Das ist einfach zu wenig.“ Außerdem wünscht er sich ein Umdenken bei der Vergabe von Aufträgen: „Wenn wir uns darauf einigen, dass immer das Angebot mit der mittleren Preishöhe genommen wird, hätten wir eine ganz andere Wettbewerbssituation.“



Schwarzarbeit breitet sich weiter aus

IG Bau: Zahl der Verfahren steigt um ein Fünftel. Forderung nach mehr Zoll-Kontrolleuren

Nick Kaspers

An Rhein und Ruhr. Das Problem mit der Schwarzarbeit zieht immer größere Kreise: In der ersten Hälfte des Jahres 2022 hat die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) wieder deutlich mehr Ermittlungsverfahren wegen Schwarzarbeit im Baugewerbe eingeleitet – das sei ein Fünftel mehr als im Vorjahreszeitraum, erklärte die IG Bau und berief sich dabei auf Zahlen des Bundesfinanzministeriums. 9251 Ermittlungsverfahren im Bauhaupt- und Baunebengewerbe wurden demnach eingeleitet. Die ermittelte Schadenssumme liege bei etwa 161 Millionen Euro – „Geld, das dem Staat durch nicht gezahlte Steuern und Sozialabgaben vorenthalten wurde“, so die Gewerkschaft.

Die Zunahme von Schwarzarbeit auf dem Bau erklärt Carsten Burckhardt vom IG Bau-Bundesvorstand mit steigenden Bauzinsen sowie Material- und Energiekosten, die

den Kostendruck auf dem Bau erhöhen würden: „Unseriöse Firmen werden deshalb jetzt erst recht versuchen, ihre Kosten durch Lohndumping sowie die Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben zu senken.“ Dadurch stünden Arbeitgeber unter Druck, die sich an den Bau-Tarifvertrag halten.

Doch Verstöße gegen Mindestarbeitsbedingungen sind nicht die einzige Form, mit denen Betriebe und Behörden zu kämpfen haben. Auch Scheinselbstständigkeit im großen Stil sei ein Problem, meint Björn Wißuwa, Regionalleiter der IG Bau Westfalen: „Beschäftigte holen sich einen Gewerbeschein und umgehen so die Sozialversicherungspflicht und Lohnsteuer.“ Scheinselbstständige seien besonders schwer zu entlarven, wenn sie für ihre Dienste eine eigene Rechnung schreiben.

Ein weiteres Problem für den Zoll und die Konkurrenz-Betriebe entstehe, wenn Bauunternehmer viele



Der wachsende Kosten- und Konkurrenzdruck wird auch kriminelle Machenschaften antreiben.

Harald Schaum, stellvertretender Bundesvorsitzender der IG Bau

Subunternehmen beauftragen: „Die Subunternehmen geben die Aufträge so lange weiter, bis keiner mehr durchblickt, wer zuständig ist und wie die Strukturen bei den Betrieben sind“, meint Wißuwa. Oft

herrschen bei den Subunternehmen schlechte Arbeitsbedingungen und viele Arbeiter seien illegal beschäftigt. Die IG Bau rechnet damit, dass Schwarzarbeit im Jahr 2023 weiter steigen könnte: „Der wachsende Kosten- und Konkurrenzdruck wird auch kriminelle Machenschaften antreiben“, sagt der stellvertretende Bundesvorsitzende Harald Schaum. Mehr Kontrollen würden benötigt – auch, weil im Oktober der gesetzliche Mindestlohn erhöht wurde. Daher fordert die IG Bau bundesweit mindestens 16.000 Zoll-Kontrolleure für die FKS – „eine Verdopplung des bisherigen Kontrollpersonals“.

Auch die Handwerkskammern möchten der Finanzkontrolle dabei helfen, Schwarzarbeit aufzudecken. Die Handwerkskammer Düsseldorf hat beispielsweise zusätzliche Kontrolleure eingesetzt, die für die ordnungsgemäße Eintragung von Betrieben in die Handwerksrolle zuständig sind. NRZ